



PL

**Dringlicher Antrag**  
**der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP**  
**und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**betreffend Anhörung zur Fluglärmbelastung der Rhein-Main-Region**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die vorhandene Verkehrsnachfrage, die Sicherung der Mobilität, der Erhalt und der Ausbau der vorhandenen Infrastruktur sowie ihre ökonomisch und ökologisch angemessene Nutzung sind mit spezifischen Belastungen für die Menschen in der Rhein-Main-Region rund um den Flughafen Frankfurt verbunden. Bei den Belastungen durch den Verkehr steht der Fluglärm richtigerweise im Vordergrund der Betrachtungen, da er erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, die Umwelt- und Lebensqualität ebenso wie auf die kommunalen Planungen und die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten haben kann. Daneben ist aber auch die Lärmbelastung durch andere Verkehrsträger wie Straße oder Schiene in der Gesamtwirkung von Bedeutung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Bewertung der möglichen schädlichen Wirkungen des Fluglärms unter Berücksichtigung auch anderer Verkehrslärmemittenten auf Gesundheit des Einzelnen und als Konsequenz hieraus die Fragen der Lärmreduzierung sowie der Zumutbarkeitsgrenzen.
2. Der Landtag hat sich seit dem Ende der Mediation im Jahr 2000 dabei wiederholt insbesondere mit der Problematik der Fluglärmbelastung rund um den Flughafen Frankfurt befasst. Im Rahmen der Änderung des Landesentwicklungsplans zur Vorbereitung des Flughafenausbaus im Jahr 2007 hat er u. a. beschlossen: *„In den Verfahren nach dem Luftverkehrsgesetz ist aus Rücksichtnahme auf die besonders schutzbedürftige Nachtruhe der Bevölkerung ein umfassender Lärmschutz in den Kernstunden der Nacht von herausragender Bedeutung.“*
3. Die herausragende wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Frankfurt für das Land Hessen und darüber hinaus ist ebenso unbestritten wie die Tatsache, dass mit dem Flughafenbetrieb erhebliche Belastungen für Menschen und Umwelt verbunden sind. Da trotz dieser Belastungen die Existenz des Flughafens von keiner politischen Seite generell infrage gestellt wird, besteht für die hessische Landespolitik eine besondere Verpflichtung, sich intensiv mit der Begrenzung und Reduzierung der vom Flughafen ausgehenden Belastungen zu befassen und zur Aufklärung über mögliche Gesundheitsrisiken beizutragen.
4. Nachdem, veranlasst durch neuere Studien zur Wirkung von Fluglärm auf die Gesundheit der davon betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern von Flughäfen, über die Fachöffentlichkeit hinaus eine Diskussion über mögliche Zusammenhänge zwischen Fluglärmexposition und zunehmenden Krankheitsrisiken entstanden ist, führt der Landtag eine öffentliche Anhörung zur Problematik der Wirkungen von Fluglärm auf die Gesundheit unter dem Titel: *„Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz im Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main“* durch.
5. Für die Organisation dieser Anhörung wird folgender Rahmen gesetzt:

- a) Die zweitägige Anhörung wird federführend vom Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr unter Beteiligung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit durchgeführt und soll so angelegt sein, dass die präsentierten Erkenntnisse auch der Diskussion durch Fachleute und Abgeordnete unterzogen werden können. Die Anhörung soll durch schriftliche Vorlagen der Anzuhörenden vorbereitet werden.
- b) Bei der Anhörung sollen insbesondere folgende Aspekte zur Diskussion gestellt werden:
- Situation der Fluglärmbelastung im Rhein-Main-Gebiet;
  - Situation der Lärmbelastung durch Schienen- und Straßenverkehr im Rhein-Main-Gebiet
  - Stand und Diskussion der Lärmwirkungsforschung im Hinblick auf Fluglärm und weiteren Verkehrslärm
  - Gesundheitliche Aspekte der Fluglärmbelastung im Rhein-Main-Gebiet
  - Gesundheitliche Aspekte der Lärmbelastung durch Schienen- und Straßenverkehr im Rhein-Main-Gebiet
  - Wechselwirkung von Fluglärm und sonstigem Verkehrslärm
- c) Es sollen dazu mindestens folgende Institutionen gehört und deren Beiträge zur Diskussion gestellt werden:
- zur physikalischen Situation des Fluglärms:*
- Fraport AG
  - Frankfurter Fluglärmkommission
  - Deutscher Fluglärmdienst
  - Dr. Isermann (DLR)
- zur Wechselwirkung von Fluglärm und sonstigem Verkehrslärm:*
- Dr. Lothar Ohse (Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie)
  - N.N. (Umweltbundesamt)
  - Stadt Frankfurt
- zu den gesundheitlichen Aspekten von Fluglärmwirkungen:  
sollen sowohl epidemiologische als auch experimentelle Studien diskutiert werden:*
- Dr. Wolfgang Babisch, UBA
  - Prof. Dr. Eberhard Greiser, Epi.Consult GmbH
  - DLR (Dr. Mathias Basner)
  - Prof. Dr. Monika Griefhahn (Universität Dortmund) und/oder Prof. Dr. Manfred Spreng (Techn. Universität Dresden) [Gutachter von G 12.2 des Planfeststellungsantrages]
  - Hessische Landesärztekammer (Prof. Dr. Thomas Eikmann)
- zu gesundheitlichen Folgen von Mehrfachbelastungen durch Fluglärm und anderen Verkehrslärm (Schiene, Straße)*
- Prof. Dr. Peter Lercher (Universität Innsbruck)
  - N.N.
- d) Die Anhörung soll öffentlich sein und Vertretern und Vertreterinnen der Luftverkehrswirtschaft, der Umweltverbände und des Bündnisses der Bürgerinitiativen sowie der Kommunen rund um den Flughafen darüber hinaus die Gelegenheit zu Kurzstatements geben. Eine Zusammenarbeit mit dem Forum Flughafen und Region soll u. a. durch eine Einbindung des Umwelt- und Nachbarschaftshauses angestrebt werden.
- e) Die Fraktionen benennen bis zu zwei Experten, die an der Anhörung teilnehmen und Fragen bzw. Statements beitragen können.

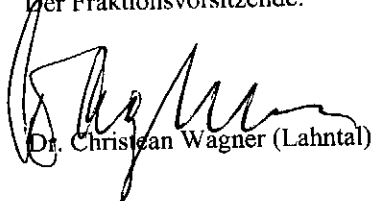
In diesem Rahmen obliegt die Klärung offener Fragen sowie von Einzelheiten zur Vorbereitung und Durchführung der Anhörung den Ob-  
leuten im WVA.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. Juni 2010

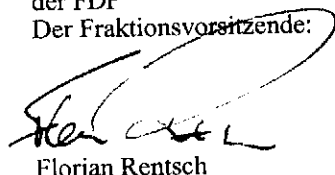
Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:



Dr. Christean Wagner (Lahntal)

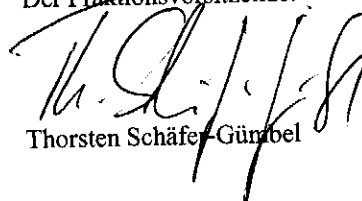
Für die Fraktion  
der FDP

Der Fraktionsvorsitzende:



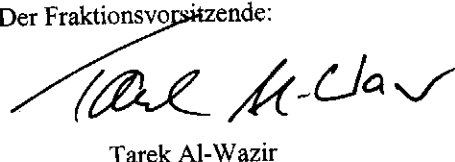
Florian Rentsch

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:



Thorsten Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:



Tarek Al-Wazir